

Schröckenfuchs gewählt. Ich bitte ihn um seinen Vortrag.

Schröckenfuchs: Herr Präsident, Hoher Landtag! In der Sitzung des Rechtsausschusses vom 27.11.1991 wurde der Selbständige Antrag der Abgeordneten Falschlunger, Elmar Mayer und Pröckl betreffend die Ablehnung einer bundeseinheitlichen Straßenbau-Sondergesellschaft - verstärkte Ländermitsprache bei der Arlberg-Straßentunnel-AG (ASTAG) - behandelt. Der Antrag behandelt, daß die Zusammenlegung aller bestehenden Straßen-Sondergesellschaften aus grundsätzlichen Überlegungen sowie wegen der föderalistischen Einflußnahme auf die einzelnen Aktiengesellschaften abgelehnt wird. Weiters wird die Landesregierung ersucht, im Einvernehmen mit der Tiroler Landesregierung und mit dem Bund Verhandlungen zu führen, welche die Mitsprache und Kontrollmöglichkeiten Vorarlbergs in der ASTAG verbessern, sowie eine Mauthoheit der Länder bei der Arlberg-Straßentunnel-AG bringen sollen. Ein von der ÖVP-Fraktion eingebrachter Abänderungsantrag findet in den grundsätzlichen Punkten die generelle Zustimmung. Lediglich die FPÖ erklärt, daß sie keinesfalls der im Koalitionsabkommen der Bundesregierung vereinbarten Zusammenlegung der Straßenbau-Sondergesellschaften in eine reine Finanzgesellschaft zustimmen könne. In der darauffolgenden Diskussion wird auch von Seiten der ÖVP-Fraktion erklärt, daß die Flucht aus dem Budget in Straßen-Sondergesellschaften immer bekämpft wurde. Nach dem Ausbau der Strecken haben sich die Sondergesellschaften überlebt. Von Seiten der SPÖ-Fraktion werden zwar Schwierigkeiten bei länderübergreifenden Bundesstraßenprojekten gesehen, wenn die Erhaltung dieser Straßen ausnahmslos durch die Länder erfolgen sollte. Sie sieht jedoch schwergewichtigere Vorteile in einer Länderverwaltung, als in einer einzigen bundesweiten Gesellschaft. Nach einer kurzen Sitzungsunterbrechung wird folgender Ausschlußantrag zur Abstimmung gebracht. Der Vorarlberger Landtag wollen beschließen: "Die Landesregierung wird ersucht, bei der Bundesregierung für die Umsetzung folgender Anliegen einzutreten: 1. Die Zusammenlegung aller bestehenden Straßen-Sondergesellschaften wird aus grundsätzlichen Überlegungen sowie der föderalistischen Einflußnahme auf die einzelnen Aktiengesellschaften abgelehnt. Die bestehenden Verbindlichkeiten dürfen jedenfalls nicht auf die Länder übergehen. 2. Im Vorarlberg-Memorandum an die österreichische Bundesregierung vom März 1991 ist folgende Forderung enthalten: Die Erhaltung aller Bundesstraßen sollte ausnahmslos durch die Länder erfolgen. Die Arlberg-Straßentunnel-AG ist im Sinne der Empfehlungen des Rechnungshofes nach dem bevorstehenden Abschluß der Bauarbeiten in die Straßenverwaltung der Länder Tirol und Vorarlberg zu überführen. Diese Forderung wird bekräftigt. 3. Der Vorschlag, alle Bundesstraßen in die Länderverwaltung zu übertragen, könnte wesentliche Vereinfachungen und daher auch Kosteneinsparungen bringen. Dem Grundsatz des § 4 Finanzverfassungsgesetz entsprechend müßten

Bericht des Rechtsausschusses zu einem Selbständigen Antrag der Abgeordneten Falschlunger, Elmar Mayer und Pröckl betreffend die Ablehnung einer bundeseinheitlichen Straßenbau-Sondergesellschaft sowie die verstärkte Ländermitsprache bei der Arlberg-Straßentunnel-AG (ASTAG) (Beilage 51/1991)

Sie wurde am 27. November 1991 im Rechtsausschuß behandelt. Zum Berichterstatter wurde der Abgeordnete

gleichzeitig die entsprechenden Anteile an der Bundesmineralölsteuer den Ländern übertragen werden, soweit Betrieb und Erhaltung nicht aus Mauteinnahmen gedeckt werden können. 4. Hinsichtlich der Mauthoheit für die Länder wird auf den Beschluß des Vorarlberger Landtages vom 13.11.1991 verwiesen, in welchem gefordert wird, den Bundesländern Vorarlberg und Tirol die Kompetenz zur einvernehmlichen Festsetzung der Mautgebühren für den Arlberg-Straßentunnel zu übertragen." Der Ausschlußantrag wird einstimmig angenommen. Soweit mein Bericht. Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte beginnen zu lassen und den Ausschlußantrag zur Abstimmung zu bringen.

Während der Ausführungen des Abgeordneten Schröckenfuchs übernimmt Vizepräsident Dr. Bernhard um 11.10 Uhr den Vorsitz.

Vizepräsident Dr. Bernhard: Die Debatte ist eröffnet. Zum Wort gemeldet ist Vizepräsident Falschlunger. Ich erteile ihm das Wort.

Falschlunger: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die sozialistische Landtagsfraktion hat am 10.9.1991 einen Antrag, der bereits vom Berichterstatter erwähnt wurde, eingebracht, in dem Sie die Ablehnung einer bundeseinheitlichen Straßenbau-Sondergesellschaft und eine verstärkte Mitsprache der Länder bei der Arlberg-Straßentunnel-AG gefordert hat. Warum ist es zu diesem Antrag gekommen? Weil im Rahmen der Diskussion der Rechnungshofberichte über die Arlberg-Straßentunnel-AG hat die Landesregierung das Versagen der vom Land entsandten Aufsichtsräte immer auch damit zu rechtfertigen versucht, daß das Land als 14%-Gesellschafter nur sehr beschränkte Kontrollmöglichkeiten habe. Ohne diese als Entschuldigung für die höchst mangelhafte Wahrnehmung der aktienrechtlichen Aufsichtspflicht akzeptieren zu können, vertrat der SPÖ-Landtagsklub doch die Auffassung, daß in der von Wirtschaftsminister Schüssel geplanten Konstruktion einer alle sechs Straßenbaugesellschaften zusammenfassenden Super-Sondergesellschaft die Mitsprache und Kontrollmöglichkeit der betroffenen Länder, insbesondere Vorarlbergs, noch wesentlich geringer ausfallen würde. Ich darf nur klarstellen, wenn wir auch heute diesem gemeinsamen Ausschlußantrag zustimmen werden, daß für uns nach wie vor der Vorwurf der nicht vorschriftsmäßigen Vertretung der Interessen durch die Vorarlberger Aufsichtsräte aufrecht bleibt. Ich habe aber oft auch den Eindruck, daß eigentlich die Vorarlberger Aufsichtsräte überhaupt nicht gewußt haben, was um sie herum vorgeht. Ich habe mitgeteilt, daß ich der Meinung bin, nachdem die Geschichte in Hiefrau mit diesem Bundesheer-munitionsbunker passierte, wo es hier zu Streitigkeiten zwischen Bund und den Firmen gekommen ist, und gegen das Aktiengesetz Gutachter Talirz bestellt wurde, gesagt, es ist von der ASTAG zu verlangen - ich erwarte von den Vorarlberger Aufsichtsräten -, daß sie verlangen, wie im Aktienrecht vorgesehen, wenn ein Vor-

standsmitglied einer solchen Gesellschaft solche Aufträge ausführt, ohne die Genehmigung des Aufsichtsrates zu haben, hat er dieses Geld, das er dafür bekommt, zurückzuzahlen. Er hat damals von Landesrat Vetter über die Presse folgendes zurückbekommen: "Günther Vetter, einer der beiden Vorarlberger Aufsichtsräte in der ASTAG nahm gestern zum Vorwurf Stellung, daß Ex-Vorstandsdirektor Talirz unrechtmäßige Gutachterhonorare kassiert habe. Vetter wies die Forderung vom SPÖ-Abgeordneten Karl Falschlunger zurück, wonach Talirz die 1,8 Millionen Schilling an die ASTAG zurückzahlen solle. Talirz kann das Geld gar nicht zurückgeben, weil er es nicht von dieser Gesellschaft bekommen hat." Das war die Antwort darauf. Das heißt für mich, daß der Herr Aufsichtsrat Vetter offenbar gar nicht gewußt hat, von was geredet wurde. Er hat nicht einmal gewußt, daß mittlerweile Gott sei Dank die ASTAG am Gericht die Rückzahlung dieses Betrages gefordert hat. Das heißt also, auch wenn die Vorgangsweise - das will ich gerne zugeben - schon etwas verschleiert war, muß ich doch von einem Aufsichtsrat erwarten, daß er die Dinge übersieht. Am 28.6.1990 hat nämlich, nachdem man die Forderung, die damals die Firma Stettin etwas über 100 Millionen diese nachträglich noch bekommen sollte. Aufgrund der Schlichtung des Herrn Honsack und des Herrn Talirz hat die Firma nicht 100 Millionen, aber immerhin 36 Millionen Schilling noch nachbezahlt bekommen. Nun hat Herr Honsack schon gewußt, daß der Herr Talirz diese Entschädigung gar nicht nehmen darf. Nun hat am 28.6.1990 der Herr Honsack dem Aufsichtsrat mitgeteilt, daß Herr Talirz zum Schiedsrichter bestellt worden sei und daß dies eine ganz große Auszeichnung für die ASTAG sei. Und offenbar dem Herrn Honsack glaubend, ohne selbst zu denken, (Zwischenruf Mag. Stadler: Er hot jo seibar mitg'schnittn!) und -ja er hat auch kassiert - zu fragen, was denn da sei, hat der Aufsichtsrat - ich habe mich genau erkundigt, es waren beide Aufsichtsräte anwesend, Rümmele und Vetter - einstimmig den Beschluß gefaßt, daß der Herr Talirz dieses Geld nehmen darf, diese 1,8 Millionen Schilling. Wenn jetzt vor ein oder zwei Tagen der Herr Nationalrat Feuerstein versucht, seine politischen Turnübungen da in der Öffentlichkeit zu machen und festzustellen, daß er schon der Meinung sei, daß die Aufsichtsräte der ASTAG, die der Bund entsandt hätte, nicht korrekt gehandelt hätten, dann bringt das eben nur Gottfried Feurstein zusammen. Ein anderer würde bei solchen Versuchen ganz sicher scheitern, der Öffentlichkeit zu erklären, daß einstimmige Beschlüsse in der Sache gefaßt wurden - also Bundes- und Ländervertreter -, der Öffentlichkeit also zu erklären, es sei eigentlich so, daß man festgestellt hätte in dem ASTAG-Untersuchungsausschuß, dessen Ergebnis einmal klar und deutlich sagen will und dessen Ende ich nur bedauern kann. (Zwischenruf Mag. Stadler: Es war kein Untersuchungsausschuß. Es war nur ein Unteranschuß des Rechnungshof-Ausschusses!) Wir meinen das selbe. Aber für mich ist, wie das geendet hat, eine sehr unerfreuliche Geschichte. Meine Damen und Herren, ich will damit nur erklären, daß die sozialistische Landtags-

fraktion diesem Ausschlußantrag gerne die Zustimmung gibt, weil er doch zum größten Teil unseren Intentionen auch entspricht. Ich hoffe nur, daß es uns gelingt, mit dementsprechenden Durchsetzungsvermögen unsere Vorstellungen auch in Wien durchzubringen, von dem ich allerdings nicht gerade sehr überzeugt bin.

Vizepräsident Dr. Bernhard: Ich erteile das Wort dem Klubobmann Mag. Stadler.

Mag. Stadler: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Den Pessimismus des Herrn Vizepräsidenten kann ich nur teilen. Wer weiß, wie kläglich die Bemühungen gescheitert sind, auf der Ebene des Nationalrates einen Untersuchungsausschuß zustande zu bringen, der ganz andere Möglichkeiten gehabt hätte, wie dieser eher zur Farce degradierte Unterausschuß des Rechnungshofausschusses, der sich bisher mit der ASTAG-Geschichte beschäftigt hat, weiß, daß auch die Bemühungen, die hier in dem Antrag verpackt sind, wahrscheinlich nicht sehr weit führen werden. Nichtsdestoweniger sollten wir uns aber klar dahinter stellen und Position beziehen. Das hätte ich mir auch von verschiedenen anderen Herrschaften schon früher gewünscht. Zur Bunkergeschichte, Herr Kollege Falschlunger, möchte ich nur noch etwas sagen: Für mich ist nämlich nach wie vor nicht geklärt, warum der Herr Bundesminister für Landesverteidigung wenige Wochen, nachdem er in sein Amt eingeführt war, dem Schiedsgerichtsverfahren gegen die Firma Traunfellner, die ja diese Auskleidung im Bunker durchgeführt hat und deren hohe Nachforderungen auf dem Tisch lagen, warum der Herr Bundesminister Lichal dieses Schiedsgerichtsverfahren partout durchführen wollte, wissend, wer von Seiten der Firma Traunfellner zum Schiedsrichter ernannt wurde, wissend, wer der Dritte im Bunde war, nämlich der Vorsitzende dieses Schiedsgerichtes, der Herr Aufsichtsratsvorsitzende Honsak höchstpersönlich, während es der Herr Bundesminister Krünes noch vehement abgelehnt hat, sich auf dieses Schiedsgerichtsverfahren einzulassen und die Firma Traunfellner auf den Gerichtsweg verwiesen hat, den sie aber offenkundig nicht beschreiten wollte. Sie wird auch gewußt haben, warum. Nun zum Antrag selber. Meine Damen und Herren, die Personaldiskussion und die Postenschacherei, die im Bereich dieser halbstaatlichen Betriebe in Österreich stattfindet, die wird noch Gegenstand der Debatte sein, wenn wir dann über die Illwerke reden werden. Ich möchte Ihnen nur eines sagen: Diese Zusammenlegung der Straßen-Sondergesellschaften zu einer Hypergesellschaft, wie sie die beiden Koalitionsparteien auf Bundesebene in ihrem Koalitionspakt paktiert haben, wie sie aber offenkundig nur noch der Herr Minister Schüssel will (Zwischenruf Krätler-Berger: Na, die SPÖ!) - offenkundig die Sozialisten verabschieden sich aus dieser Sondergesellschaft. (Zwischenruf Dr. Purtscher: Ischt jo nit wohr! Ich habe eine Notiz!) Ich bin gespannt, aber die Sozialisten im Lande verabschieden sich jedenfalls von dieser Vorstellung der Hypergesellschaft. Die ÖVP noch nicht so ganz. Das ist mir deswegen so wichtig, weil ich

genau weiß, was sich dort wieder abspielen wird. Es ist genau nach demselben rot-schwarz-Muster, wie alle Sondergesellschaften, alle halbstaatlichen Betriebe in diesem Lande gestrickt sind, würde sich das ergeben. Es werden auch schon die ersten Namen für die zukünftigen Direktoren dieser Gesellschaft gehandelt. Zum einen wird der Herr Ingenieur Peter Unterholzer aus Tirol gehandelt, der die schwarze Reichshälfte abzudecken hat und für die rote Reichshälfte ist der Herr Direktor Just genannt, der ja derzeit Direktor bei der ASFINAG ist. Dieser Herr Direktor Just ist der roten Reichshälfte zuzuordnen, wie etwa folgender Auszug aus dem Brief dokumentiert, als der ehemalige Bautenminister an seinen SPÖ-Zentralsekretär Marsch - damals Marsch - geschrieben hat: "Wetter Genosse!" Er - Sekanina - habe vor, den Genossen Just neuerlich für eine weitere Funktionsperiode in Vorschlag zu bringen. "Ich bitte Dich um Bestätigung dieser Vorgangsweise." Er hat dann nach einem (Zwischenruf) entsprechenden Rapport und nach dem entsprechenden Plazet (Zwischenruf Dr. Häfele) diesen Herrn (Heiterkeit) Genossen Just bestellen dürfen. Genau nach diesem Muster würde auch diese neue Hypergesellschaft ablaufen. Es werden neue Posten, es werden neue Pfründe geschaffen und im Prinzip wird nichts bewirkt, als daß die Budgetverschleierung und die Flucht aus dem Budget im Bereich des Straßenbaues fortgesetzt würde. Wir würden wahrscheinlich mit neuen Privilegien konfrontiert werden. Ein neuer Rechnungshofbericht würde neuerlich beweisen, welche Ungeheuerlichkeiten da zustande kommen. Wir sollten daher nicht nur diese Straßen-Sondergesellschaft, diese Hypergesellschaft ablehnen, sondern wir sollten auch darauf drängen, daß diese Sondergesellschaften aufgelöst werden und die Verwaltung dieser Straßenstücke in die Auftragsverwaltung der Länder gelangt. Wir sollten vor allem den Rechnungshofbericht zur Pyhrn-Autobahn-AG und zur Tauern-Autobahn-AG sehr aufmerksam studieren. Nun, meine Damen und Herren, daß der Aufsichtsrat bei der ASTAG mehr als ahnungslos war, liegt nicht nur daran, daß die Aufsichtsräte zu einem sehr wesentlichen Teil überfordert waren bei ihrer Aufgabe, sondern liegt natürlich zu einem guten Teil auch daran, daß der Herr Talirz diesen Aufsichtsrat falsch informiert hat. Herr Kollege Falschlunger, der Herr Talirz hat nicht nur den Aufsichtsrat kaltgestellt, sondern der besitzt die Dreistigkeit, nicht nur dieses Geld, das er für seine Schiedsrichtertätigkeit - das ist ein erkleckliches Honorar von mehr als zwei Millionen - im Schiedsverfahren Bunker Hiefrau kassiert hat, sondern er geht noch weiter. Er hat vor wenigen Wochen beim Landesgericht Wien am 19.9.1991 gegen die Arlberg-Straßentunnel-AG Klage eingereicht wegen 743.312,- S Gehaltsforderung, die er jetzt noch haben möchte. Er sei völlig zu Unrecht - dieses Unschuldslamm - aus seiner Tätigkeit als ASTAG-Generaldirektor seines Amtes entsetzt worden. Das ist also der richtige Terminus - er wurde entsetzt. Das paßt auch zu ihm. Der Herr Talirz glaubt, daß man ihn zu Unrecht aus seinem Amt entsetzt hat. Er sieht nicht ein, daß er beim Baulos 37 - Langener Tunnel - , daß das (Zwischenruf Dr. Hä-

feie: Das haben wir gemeinsam, Du bischt ja auch entsetzt!) - ich war entsetzt, aber nicht meines Amtes, sondern ich war entsetzt über die Amtsführung des Herrn Talirz. Ich sage Ihnen, dem Herrn Talirz scheint auch jede Form des Unrechtsbewußtseins abzugehen, denn er sieht gar nicht ein, daß es etwas anrühlich ist - um es gelinde auszudrücken - , wenn jene Firma - nämlich die Firma Stettin - die Detailkalkulation für das Baulos 37 - Langener Tunnel - durchführt und dann sich selbst diesen Auftrag ausschreibt und vor der Ausschreibung kalkuliert. (Glocke! - Vizepräsident Dr. Bernhard: Herr Klubobmann, ich muß Sie doch bitten, jetzt wieder zum Ausschußantrag zurückzukommen!) Herr Präsident, Sie gestatten, daß ich einige Dinge, die der Herr Landtagsvizepräsident angeschnitten hat, die nämlich den Aufsichtsrat, die Funktion des Aufsichtsrates und die Wahrnehmung der Funktion durch unsere Aufsichtsräte betreffen, klarstelle. Er ist mit einer weiteren Reihe von Falschinformationen an den Aufsichtsrat herantreten, das heißt, die Aufsichtsräte sind außer ihrer eigenen Unfähigkeit auch falsch informiert worden. Das läßt sich auch ganz objektiv feststellen. Das hat der Rechtsvertreter der ASTAG dem Herrn Talirz gegenüber auch in einem mehrseitigen Schreiben minutiös aufgelistet und das hat letztlich auch das Oberlandesgericht Innsbruck, wie auch das Landesgericht Innsbruck, in mehreren Beschlüssen zu Haftprüfungsbeschwerden, was seine Untersuchungshaft anlangte, ausgeführt und ausgedrückt, daß es hier den ganz massiven Verdacht gibt, daß es beispielsweise zu Provisionszahlungen gekommen ist an die Firma Stettin über seine "ihm sehr nahestehende" - so drückt es das Gericht aus - "Frau Tamara Lödelsbacher". Der Herr Talirz hat den Aufsichtsrat auch über seine Tätigkeit im Schiedsgerichtsverfahren Bunker Hiefelau offenkundig falsch informiert, das heißt, die wußten gar nicht, in welcher Nahbeziehung der Herr Talirz zur Firma Traunfellner stand und hat nicht nur dem Aufsichtsrat, sondern auch der ASFINAG, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten und dem Finanzministerium nachweislich falsche Baukosten mitgeteilt. Hier werden also sicherlich die Gerichte - ich nehme an, daß er dann auch noch in die Berufung gehen wird - noch einiges zu tun haben. Ich möchte das nur einmal als Beispiel für die Dreistigkeit des Herrn Talirz bringen. Diese Straßen-Sondergesellschaften sind nichts anderes als Spielwiesen für Herren vom Schlage Talirz. Derer gibt es noch mehr und davon bin ich überzeugt. Nicht alle sind so clever. Das glaube ich auch. (Zwischenruf Dr. Häfele: Die wollen Sie alle im Landesdienst. Alle wollen Sie im Landesdienst haben!) Es gibt einen Haufen Leute, die sich hier privat die Taschen füllen wollen. (Zwischenruf Dr. Häfele: Sie müssen noch viele Dienstposten schaffen!) Meine Damen und Herren, in einem Punkt gestattet mir bitte das Präsidium, daß ich etwas klarstelle, was der Herr Landeshauptmann im Rechtsausschuß angezogen hat und dann, wie ich es korrigieren wollte und richtig darstellen wollte, nicht mehr anwesend war. Herr Landeshauptmann, Sie haben gesagt. Sie wollen es nur im Rechtsausschuß sagen, daß die

Prüfung des Wirtschaftsministeriums ergeben hätte, daß die Vergabe der Hangbrücke "Wilden" eine vollkommen glatte Angelegenheit war. Sie haben dort wörtlich gesagt, jede andere Vergabe wäre gesetzwidrig gewesen, hätte eine Prüfung des Wirtschaftsministeriums ergeben. Zunächst danke ich Ihnen für Ihre Nachsicht, daß Sie das nur im Ausschuß sagen wollen, wo die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist. Aber ich habe nichts dagegen, wenn Sie derartige Dinge auch in der Öffentlichkeit sagen. Diese Nachsicht, Herr Landeshauptmann, sollten Sie mit mir gar nicht walten lassen, die habe ich gar nicht verdient. Herr Landeshauptmann, die Aufsichtsräte sind nicht nur offenkundig vom Herrn Talirz falsch informiert worden, sondern Sie werden offenkundig von Ihren eigenen Leuten falsch informiert. Zunächst einmal war es für mich verwunderlich, daß im Wirtschaftsministerium niemand etwas von dieser Prüfung des Bauloses Hangbrücke "Wilden" wußte. Es wußte niemand etwas davon. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Dort ischt no mehr verwunderlich!) Ich habe dort Informationen eingeholt. Es gibt dort ja Gott sei Dank nicht Rote und Schwarze, sondern auch ein paar Leute, die unabhängig sind, da (Heiterkeit) wußte kein Mensch etwas davon, daß bei dieser Hangbrücke "Wilden" vom Wirtschaftsministerium aus eine Prüfung stattgefunden hätte. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Naja, vielleicht liegt's am Landeshauptmann!) Die Prüfung, die durchgeführt wurde, hat zu meinem größten Erstaunen ausgerechnet von jenen Leuten stattgefunden, die ja selbst seinerzeit bei der Vergabe der Hangbrücke "Wilden" bereits im Aufsichtsrat gesessen sind und diese Vergabe selbst beschlossen haben, nämlich die Herrn Ministerialräte Prager und Wimmer aus dem Wirtschaftsministerium. So schaut es aus. Herr Landeshauptmann, wenn Sie sich ausgerechnet von einem Prokuristen Ingenieur Jedlitzky der Baufirma Stettin auf dieses Thema draufsetzen lassen, der in seiner Eröffnungsrede - wie man mir berichtet hat - bei der Eröffnung des Langener Tunnels behauptet hätte, wie furchtbar doch das alles war, wie das alles falsch war. Diese Vergabe Hangbrücke "Wilden" sei vollkommen paletti verlaufen und die Arbeiter seien derart demotiviert worden durch die Veröffentlichungen über die ungeheuerlichen und behaupteten Zustände bei der Vergabe, dann darf ich Ihnen eines sagen - außer Ihnen und dem Herrn Bürgermeister Brunner war überhaupt niemand dort oben demotiviert über das, was in der Zeitung gestanden ist. Denn von den Arbeitern hat sich überhaupt niemand darum gekümmert, wie diese Vergabe tatsächlich gelaufen ist. Die Arbeiter hatten nur eines, nämlich ein sehr ungutes Gefühl über die Jahre hinweg, wie die Geschäftsführung der ASTAG läuft. Das war ein ungutes Gefühl. Aber nicht über das, was in der Zeitung gestanden ist, was die Vergabe anlangt. Wenn Sie den Herrn Vetter mit Arbeitnehmer der ASTAG meinen, dann täuschen Sie sich. Der Herr Vetter mußte längst gewußt haben, was da gelaufen ist. Der Herr Rümmele hat es auch gewußt. Also bis auf den Herrn Vetter und den Herrn Rümmele hat es überhaupt niemand gestört, was in der Zeitung gestanden ist. Zu der Prüfung, die der Herr Ministerialrat Prager und der Herr

Wimmer durchgeführt haben, wo sie sich also selbst geprüft haben, ob ihre seinerzeitige Beschlußfassung im Aufsichtsrat eine richtige war - das läßt sich nachvollziehen, die Stimmzettel liegen bei einem Landecker Notar. Die haben ja in vorausschauender Weise alle schriftlich abgestimmt, was ja den Herrn Rümmele noch verwundert hat. Er hat gesagt, warum muß man da bei einer geheimen Abstimmung den Namen auf die Stimmzettel draufschreiben? (Heiterkeit) Dann hat man ihm mitgeteilt, damit nachher, wenn es einen Prozeß gibt, damit man feststellen kann, wer wie gestimmt hat, damit man die Haftungsfrage klären kann. Das heißt, das läßt sich alles eindeutig nachprüfen, wie der Herr Wimmer und der Herr Prager gestimmt haben. Die haben sich jetzt also nachträglich selbst geprüft, ob diese Vergabe richtig war - der Herr Prager für den Bereich des Langener Tunnel, er wird schon wissen, warum und der Herr Wimmer für den Bereich der Hangbrücke "Wilden". Wissen Sie, zu welchen Schlüssen der Herr Wimmer kommt - ich darf es Ihnen vorlesen, das wurde nämlich im Aufsichtsrat bereits diskutiert. Ich darf Ihnen sagen, daß der Herr Wimmer selber zugibt auf einen Einwand Rümmele - ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidiums, wörtlich: "Rümmele: er findet es eigenartig, daß gerade wo Pauschalierungen" - bei der Hangbrücke "Wilden" nämlich - "vorgenommen wurden, tatsächlich nachträglich Massefehler festgestellt wurden." Hier liegt die Problematik. Der Herr Rümmele hat es voll erfaßt und er hat es immer voll erfaßt. Das war der einzige dort drinnen offenkundig. Der Wimmer sagt jetzt dazu: "Bestätigt: Keine gute Optik. Findet aber in den Unterlagen keinerlei Beweise für Unregelmäßigkeiten in den Anboten." Ja so dumm, bitte, sind die Herrschaften nicht, daß sie es auch noch in den Akt hineingeschrieben haben, was da wirklich gelaufen ist. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Steht darum schon zu viel drinnen!) Wenn der Herr Wimmer nur da in einem Akt herumgeschnüffelt hat, um dort eine Unregelmäßigkeit zu finden, dann war er sicherlich falsch beraten. Jedenfalls, meine Damen und Herren, hat der Herr Wimmer durch seinen Bericht - nicht der Bericht des Wirtschaftsministeriums, sondern der Aufsichtsräte selber - niemanden davon überzeugen können, daß es bei der Vergabe der Hangbrücke "Wilden" mit rechten Dingen zugegangen ist, am allerwenigsten Rümmele, der dann auf der nächsten Seite zu dem Restümee kommt, er möchte seinen Einwand gegen die Pauschalierung aufrecht erhalten. Der Herr Rümmele ist bis heute nicht davon überzeugt, daß die Vergabe der Hangbrücke "Wilden" rechtens war, während dem der Herr Vetter sehr in Jubelstimmung sagt: "Man kann also abschließend festhalten, bei der Vergabe wurde richtig gehandelt, weil bei beiden Angeboten dieselben Voraussetzungen geschaffen wurden (was nicht stimmt, das kann man nachweisen). Schließlich hat die ARGE den Zuschlag erhalten aufgrund des Nachlasses, die um S 900.000,- billiger war." Der Herr Vetter liest offenkundig nur das "Profil" dort, wo es gegen den Haider gerichtet ist. Er hätte sonst längst dort drinnen lesen können, daß der Herr Talirz immer nach demselben Schema vorgegangen ist - Ausschreibungs-

fehler, nachträgliche Korrekturen des Angebotes, Vergabe an den augenscheinlichst Billigstbieter, der ein bißchen unter den anderen Angeboten lag und dann kamen riesige - und zwar in Millionenhöhe - Nachtragsforderungen. Ich bin heute schon gespannt, in welchem Ausmaß Nachtragsforderungen bei der Vergabe der Hangbrücke "Wilden" vorliegen werden. Um es auf den Punkt zu bringen, Herr Landeshauptmann: Ihre Feststellung, daß bei der Vergabe der Hangbrücke "Wilden" aufgrund einer Prüfung des Wirtschaftsministeriums alles mit rechten Dingen zugegangen sei, diese Feststellung ist falsch und beruht offenkundig auf Falschinformationen, die an Sie herangetragen wurden. Ich ersuche Sie, mit Ihrem Parteifreund Rümmele einmal Rücksprache zu halten. Der kann Ihnen sagen, wie die Dinge wirklich gelaufen sind, wenn Sie es mir schon nicht glauben wollen. Der kann Ihnen sagen, daß die Vergabe der Hangbrücke "Wilden" nichts anderes war als eine sehr subtile Form der Freunderlwirtschaft, daß bei dieser Freunderlwirtschaft der Herr Alt-Landesrat Vetter seine Einflußmöglichkeiten als Landesrat dazu benutzt hat, auch noch Gutachten im Hause bestellen zu lassen, um die Position des Herrn Talirz abzustützen und daß die behauptete Prüfung des Wirtschaftsministeriums keine solche des Ministeriums war, sondern eine solche jener Aufsichtsräte war, die sich im großen und ganzen nur nachträglich selbst exkulpieren wollten.

Vizepräsident Dr. Bernhard: Ich erteile das Wort der Abgeordneten Kräutler-Berger.

Kräutler-Berger: Sehr geehrter Herr Vizepräsident, Hohes Haus! Es ist ein Verdienst der Debatten in diesem Hause, daß die Causa ASTAG überhaupt öffentlich wurde, daß überhaupt der Rechnungshofausschuß einen Unterausschuß gebildet hat. Das steht auch ganz klar im Bericht. Hätte es nicht diese massiven politischen Forderungen und den massiven politischen Druck aus den Bundesländern Tirol und Vorarlberg gegeben, wäre dieser Unterausschuß nicht zustande gekommen. Der massive Druck war sicher nur seitens der FPÖ und der Grünen da in beiden Bundesländern. Das ist ganz klar, warum. Weil diese "Betonkoalition" die Verantwortung zu tragen hat für alle Mißstände, die in den Sondergesellschaften aufgetaucht sind und auch die Verantwortung zu tragen hat, wie die Sondergesellschaften in Zukunft ausschauen sollen. Deshalb wurde auch in einem ganz massiven Willkürakt dieser Rechnungshofunterausschuß abgewürgt in kongenialer Zusammenarbeit der "Betonkoalition". Es wurde auch von beiden bislang jeder Versuch, im Nationalrat einen Untersuchungsausschuß zu installieren, abgewürgt gegen die Grünen und gegen die FPÖ und vielleicht einzelne Dissidenten aus der SPÖ. Vielleicht haben wir mit diesem Antrag, der ja sehr liebenswürdig gestaltet ist, der da heute zur Abstimmung steht, die Chance, daß wir vielleicht wieder einmal ein bißchen politischen Druck machen in Wien. Nur glaube ich halt nicht, daß die Chance allzu groß ist. Sie wissen, daß sich sogar schon die linkesten SPÖ-Politiker bzw.

-Politikerinnen für die "Schüssel"-Idee - hätte bald gesagt - kaufen haben lassen, daß sich SPÖ und ÖVP einig sind, eine Superholding zu machen. Es wird keine Auflösung geben. Es wird keine Verländerung geben. Die Superholding ist beschlossene Sache. Wenn man sich diese ASTAG-Rechnungshofberichte wie auch die Berichte des Unterausschusses anschaut, dann weiß man auch ganz klar, warum diese Gesellschaft auf eine noch intransparentere und unkontrollierbarere Art gestaltet werden soll. Weil es eine klare Verquickung zwischen Ministerialbürokratie, Politik und Bauwirtschaft gibt. Und weil diese Verquickung wahrscheinlich aus wirtschaftlichen Gründen der Großparteien erhalten bleiben soll. Nun hat der Rechnungshofunterausschuß ganz klar all jene Anwürfe, die auch bereits im Kontrollausschuß in diesem Hause gemacht worden sind, bestätigt - diese eigenartigen Vergabepraktiken, diese eigenartigen Werbungskosten, die da entstanden sind, weil man für etwas werben muß, das sowieso in Anspruch genommen wird, nämlich die Arlbergstraße. Der Arlbergstunnel und die Arlbergstraße wurden beanstandet in einem ganz massiven Punkt in diesem Bericht, daß der Aufsichtsrat seiner Aufsichtspflicht nicht nachgekommen ist, daß der Aufsichtsrat auch seiner Pflicht nicht nachgekommen ist, sich Informationen zu holen, wenn schon der Vorstandsdirektor nicht bereit ist, solche freiwillig zu geben. Das steht klar in diesem Bericht. Es ist nur offengeblieben die Frage: Wie haben die Aufsichtsräte mit den Landeshauptleuten und den Bundesministern die Entscheidungen getroffen und vorbereitet, insbesondere bezüglich Kontrolltätigkeit bei der Vergabe von Bauaufträgen und Werbemaßnahmen? Diese Frage der Zusammenarbeit zwischen Aufsichtsräten, Ministerien und zuständigen Landeshauptleuten wurde auch bereits in unserem Kontrollausschuß aufgeworfen und nicht beantwortet. Das konnte auch nicht beantwortet werden, weil zum Beispiel in unserem Fall der Landeshauptmann es vorgezogen hatte, eben diesen Sitzungen nicht beizuwohnen. (Zwischenruf Dr. Purtscher: Welchen Sitzungen?) Zum Beispiel den ersten Sitzungen des Kontrollausschusses, wo die Herren auch als Zeugen geladen wurden. Auch bei der großen Sitzung waren Sie nicht da und bei der allerersten Sitzung waren Sie nicht da. (Zwischenruf Dr. Purtscher: Bin bestens informiert!) Es wird schon seinen Grund haben. Es war halt der Alt-Landeshauptmann Keßler da, der da versucht hat, irgendwo die Kohlen aus dem Feuer zu holen. Es wurde auch in diesem Unterausschuß (Zwischenruf Mag. Stadler: Das muß man dazu bemerken, daß er übrigens in der Frage "Hangbrücke" sehr tapfer war!) - Der war überhaupt sehr tapfer. Auch der Herr Prokurist Ludescher war sehr tapfer. (Heiterkeit) Er hat versucht, obwohl er keine Ahnung hatte, immer zu arbeiten. Er war sehr tapfer, obwohl er so lange fahren mußte von Lauterach nach Innsbruck - das hat er betont. Auch der Herr Landeshauptmann Purtscher war sehr tapfer. Er hat ganz tapfer versucht, den Herrn Honsak davon abzubringen, den Herrn Ludescher als Vorstandsdirektor zu installieren. (Zwischenruf Dr. Häfele: Immer Probleme mit den Bezirkshauptleuten!) Die

Effizienz der Konstruktion dieser Straßenbau-Sondergesellschaften, ein Kritikpunkt, der seit Jahren von den Grünen in aller Öffentlichkeit vertreten wird, Kritikpunkt, der auch im Kontrollausschuß da war, der vom Rechnungshof bestätigt wurde in seinen Berichten zu den Sonder-Gesellschaften, wurde in diesem Unterausschuß ganz klar wieder bestätigt, und zwar mit der ganz klaren Aussage - da waren ja jetzt nicht diese Rechnungshofbeamten drinnen, da saßen ja Politiker aus allen Parteien drinnen in diesem Unterausschuß (Zwischenruf Mag. Stadler: Alle Parteien, das möchte ich zurückweisen!). In diesem Unterausschuß saßen alle Parteien. Da saß ja auch die Frau Motter, zum Beispiel, (Zwischenruf Dr. Keckeis: Also, nimms z'ruck!) die übrigens anscheinend sehr präzise und hochpeinliche Fragen gestellt haben soll, erzählt der Herr Honsak. (Zwischenruf Mag. Stadler: War instruiert!) Sehr gut natürlich vom Herrn Stadler. Auch die Politiker in diesem Unterausschuß stellen fest, daß nicht billiger gebaut wurde über diese Sondergesellschaften als über die Bundesstraßenverwaltung, wie es gemacht hätte werden können. Die außerbudgetäre Finanzierung verleitete - so der Bericht - "überdies zu ungerechtfertigter Großzügigkeit auf vielen Gebieten, wie beispielsweise im Planungs-, Bau- und Verwaltungsbereich." Das konstatieren jene Politikerinnen und Politiker, die dann wieder in den Nationalrat gehen und eine Superholding beschließen, wo alle diese Möglichkeiten wieder vorgegeben werden. Dieser Unterausschuß mußte seine Arbeit aufgeben aufgrund eines Willküraktes - wie ich vorher gesagt habe -, obwohl ganz wesentliche Fragen unbeantwortet blieben. Die Kollegen Falschlunger und Stadler haben bereits diese eigenartige Vorgangsweise in der Sache Munitionsbunker Hiefiau erwähnt, als hier ein Schiedsgerichtsverfahren eingeleitet wurde - ehemaliger Verteidigungsminister Krünes, wie gehört, dagegen. Es wurde dann aber, sobald Herr Lichal das Amt des Verteidigungsministers übernommen hatte, dieses Schiedsgerichtsverfahren eröffnet. Die beiden Herr Honsak und Talirz haben in etwa vier Millionen für ihre Arbeit bekommen. Herr Talirz hat seine 1,8 Millionen - was ich noch im Kopf habe - dafür bekommen, daß er nur die Unterschrift geleistet hat, weil Herr Honsak ihn als befangen erklärt hatte und gar nicht wollte, daß er als zweiter Schiedsrichter mitmacht. Nun, warum ist dieses Schiedsgerichtsverfahren überhaupt eingeleitet worden? Es ist eingeleitet worden, weil die Firma nicht nur bei Herrn Minister Lichal interveniert hat, sondern ganz klar auch bei der Finanzprokurator interveniert hat. Die Finanzprokurator wiederum hat interveniert, weil die betreffende Firma hohe Finanzschulden hatte. So kommt man dann wieder in netter Zusammenarbeit zu seinem Geld. (Glocke! - Vizepräsident Dr. Bernhard: Frau Kollegin, wenn der Präsident läutet, muß jeder und auch jede Kollegin das Wort unterbrechen! - Zwischenruf Dr. Häfele: Er muß anständig und hörbar läuten! - Vizepräsident Dr. Bernhard: Ich muß Sie leider da belehren. Ich muß Sie, wo wie den Klubobmann Stadler bitten, doch wieder zum Ausschußantrag zurückzukommen. Sie zitieren jetzt nun sehr

ausführlich aus einem Protokoll dieses Unterausschusses. Sie sollten versuchen, wieder zum Ausschußantrag zu sprechen. - Dr. Häfele: Herr Präsident, ich finde das aber sehr interessant!) Dieses Protokoll des Unterausschusses ist deshalb so wichtig, wenn man über den Antrag redet, weil man ja wissen muß, wie die Zukunft dieser Straßenbau-Sondergesellschaften ausschauen soll und was gilt es in Zukunft zu verhindern. Deshalb ist unser Antrag halt zu liebenswürdig. Das habe ich Ihnen ja vorher schon gesagt. Es muß ganz klar gesagt werden von einem Bundesland, wir wollen diesen Koalitionsbeschluß nicht auf diese Superholding und wir wollen vor allem die Mauthoheit haben. Wir wollen die Verwaltungshoheit haben für diese Straßen. Wir wollen nicht, daß ihr weiter diesen Weg beschreitet, weil da eben diese furchtbaren Skandale sich entwickelt haben aufgrund der Unkontrollierbarkeit und der außerbudgetären Finanzierung. Wir - denke ich - sollten auch sagen in diesem Hause, wir wollen in einem Untersuchungsausschuß in Wien geklärt haben, wo die politischen Verantwortlichkeiten sind. Wir wollen geklärt haben, wer da von unseren - ich sage das jetzt stellvertretend für die ÖVP und SPÖ - Parteikollegen Dreck am Stecken hat und wer da mitgemischt hat und wer eventuell zu entheben ist seiner Ämter. Es ist ja auch - man muß da ein bißchen objektiv sein bei der ganzen Geschichte - die FPÖ in gewisser Weise ein bißchen beteiligt. Es gab da Verbindungen zum ehemaligen Herrn Vizekanzler Steger. Aber das macht nichts, das ist eh nicht mehr FPÖ. (Heiterkeit! - Zwischenruf Mag. Stadler: Des ischt a Dissident! - Dr. Häfele: Er ischt der Trauzeuge des Kollegen Gorbach!) Es gab bei der Werbekostenausgabe auch Mittel für FPÖ-nahe Zeitschriften. (Zwischenruf Dr. Häfele: Die Ehe ist ungültig!) Herr Vizepräsident, könnte Sie wieder einmal läuten? (Glocke! - Vizepräsident Dr. Bernhard: Gerne. Ich darf die Damen und Herren von der SPÖ-Fraktion ersuchen, die Rednerin nicht zu unterbrechen. Sie hat sich zu Recht an mich gewandt und um Hilfe gebeten! - Dr. Häfele: Bitte um Entschuldigung, es hat direkt zum Thema gehört! - Vizepräsident Dr. Bernhard: Die Rednerin hat das Wort!) Danke für die Hilfe. Ich glaube, dieser Antrag müßte auch im Hinblick auf die Illwerkedebatte gesehen werden. Wir haben auch in der E-Wirtschaft diese eigenartige Konstruktion der Sondergesellschaften, unkontrollierbar etc.. Ich denke, das müßte sich in Ihren Köpfen jetzt ein bißchen festsetzen, daß wir diese Sondergesellschaften nicht mehr wollen, auch in anderen Bereichen der Wirtschaft nicht, um eben zu verhindern, daß Parteiproporz, Parteipolitik und wirtschaftliche Verflechtungen auf Kosten von Steuergeldern gehen.

Vizepräsident Dr. Bernhard: Ich erteile das Wort dem Klubobmann Mag. Stemer.

Mag. Stemer: Herr Vizepräsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, eines kann unwidersprochen festgestellt werden, daß über die Machenschaften der Herrn Talirz und Honsak keine Zweifel mehr bestehen. Das

wurde ausführlich aufgedeckt und nachgewiesen. Und daß auch darüber keine Zweifel mehr bestehen - das wurde auch in verschiedenen Beratungen in Ausschüssen immer wieder so nonchalant abgetan, daß diese beiden Herren, insbesondere also Talirz und Honsak, den gesamten Aufsichtsrat nicht oder in vielen Punkten völlig falsch oder jedenfalls stark lückenhaft informiert haben. Daß also die Aufsichtsräte, seien es welche auch immer, über bestimmte Dinge nicht, über die wir mit dem heutigen Wissen natürlich leicht urteilen können, informiert wurden, ja sogar falsch informiert wurden. (Zwischenruf Mag. Stadler: Ausnahme Hangbrücke "Wilden"!) Die Hauptverantwortung, warum es zu diesen Dingen gekommen ist, ist also klar nachgewiesen. Das haben auch die diesbezüglichen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und auch die Gerichtsermittlungen ergeben. Ich möchte wirklich gleich, so wie es auch auf der Tagesordnung steht, zum eigentlichen Antrag kommen. Nur einige Bemerkungen doch noch vorweg: Herr Klubobmann Stadler, es ist eine falsche Information, wenn Sie sagen, die Straßen-Sondergesellschaft wolle nur noch der Minister Schüssel - im Gegenteil. Gerade vor wenigen Wochen hat Finanzminister Lacina ihn sehr eindringlich darauf aufmerksam gemacht, daß dieses Vorhaben, das im Koalitionsübereinkommen festgeschrieben ist, umgesetzt werden müsse. (Zwischenruf Mag. Stadler: Stimmt des?) Diese Information ist also nicht richtig. Jetzt sage ich Ihnen unsere Meinung zu diesem Thema. Es ist überhaupt kein Problem und Sie können es auch jederzeit nachlesen, daß wir vor längerer Zeit schon, bevor diese Dinge so eskaliert sind, gesagt haben, der Herr Landeshauptmann einige Male und auch Sprecher unserer Fraktion, daß wir eindringlich darum ersuchen, daß wenn diese Bauarbeiten bei der ASTAG abgeschlossen sind, diese Teilstücke in die Verwaltung bzw. in die Auftragsverwaltung der Länder - in diesem Fall Tirol und Vorarlberg - übertragen werden sollen. Lange vorher hat man dies schon gesagt. Ich mache kein Hehl daraus, daß wir - unsere Fraktion - nach wie vor überhaupt nicht glücklich sind über die im Koalitionsübereinkommen festgeschriebene Zusammenlegung dieser Straßenbaugesellschaften. Nur muß man eines korrigieren: Es ist ja nicht beabsichtigt, die derzeitigen - ich glaube, sechs sind es - Straßenbau-Sondergesellschaften, so wie sie sind, zusammenzulegen, sondern sie aufzulassen und eine reine Finanzierungsgesellschaft zu machen, die ich nicht verteidige, weil ich dabei bleibe, daß wir absolut keine Freude damit haben. Und deshalb auch - um das klarzustellen und jetzt komme ich zum Antrag - diese vier Punkte des Antrages, die einstimmig nach dementsprechenden Beratungen im Ausschuß verabschiedet worden sind, mittragen werden. Eines ist noch einmal hervorzuheben, daß die Vorarlberger Landesregierung, bevor bestimmte Vorhaben, bestimmte Vorbringen eingebracht worden sind, bereits im Vorarlberg-Memorandum im März dieses Jahres eine klare Forderung an die Bundesregierung schriftlich plazierte hat. Ich darf die wirklich zitieren, damit dies auch belegt ist, mit Erlaubnis des Präsidenten: "Die Erhaltung aller Bundesstraßen sollte

ausnahmslos durch die Länder erfolgen. Die Arlberg-Straßentunnel-AG ist im Sinne der Empfehlungen des Rechnungshofes" - der dies auch festgestellt hat - "nach dem bevorstehenden Abschluß der Bauarbeiten in die Straßenverwaltung der Länder Tirol und Vorarlberg zu überführen." Diese Forderung wird auch nochmals in diesem gemeinsamen Ausschlußantrag bekräftigt. Natürlich müssen wir eines noch hinzufügen: Die seit einigen Wochen oder Monaten diskutierte Idee, die Bundesstraßen überhaupt den Ländern zu übertragen, die wird ja von uns - so haben es die Beratungen ergeben - grundsätzlich begrüßt, weil damit sicherlich auch Verwaltungsvereinfachungen und auch Kosteneinsparungen erwartet werden können. Nur eines - und das haben wir zu Recht auf unsere Forderung hin in diesen Punkt 3 des Antrages hineinreklamiert -, daß dem Grundsatz des § 4 Finanzverfassungsgesetz entsprechend auch die dementsprechenden Anteile an der Bundesmineralölsteuer den Ländern dann übertragen werden müssen. Das gehört eindeutig und schließlich dazu. Hinsichtlich der Mauthoheit haben wir ja bereits am 13. November dieses Jahres im Landtag einen Beschluß gefaßt, wo wir die Aufforderung aussprechen, daß die Mauthoheit den Bundesländern Vorarlberg und Tirol übertragen werden soll, weil diesen beiden Ländern, insbesondere aus der Sicht der Vorarlberger Interessen, eine einvernehmliche Festsetzung der Mautgebühren übertragen werden soll. Diese Einvernehmlichkeit ist gerade aufgrund der gegebenen Voraussetzungen sehr wichtig.

Während der Ausführungen von Klubobmann Mag. Steiner übergibt Vizepräsident Dr. Bernhard den Vorsitz um 11.50 Uhr wieder an den Landtagspräsidenten.

Präsident: Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Dr. Purtscher: Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Die Äußerungen vom Herrn Klubobmann Stadler veranlassen mich doch zu einer Replik. Es ist richtig, daß bei der Eröffnung des Langener Tunnels einer der Festredner - ich weiß nicht mehr genau, wer - ausdrücklich erklärt hat, daß eine Prüfung des Ministeriums ergab, daß die Vergabe der Wildenhangbrücke heute wieder so zu vergeben wäre, wie es damals erfolgt ist. Ich habe mich selbst auch vergewissert. Es war nicht eine Prüfung des Ministeriums, wohl aber eines Ministerialrates dieses Ministeriums, der die Richtigkeit dieser Vergabe bestätigt hat. Und nun möchte ich eines sagen: (Zwischenruf Mag. Stadler: Der Aufsichtsratsmitglied der ASTAG war!) Der Aufsichtsrat Günther Vetter hat sich die Entscheidung damals ja nicht leicht gemacht. Das wissen Sie auch sehr wohl. Er hat wegen der Differenzen, nicht zuletzt auch Meinungsunterschieden zwischen ihm und dem Dr. Rümmele ja eine Rechtsprüfung und auch eine technische Prüfung durchführen lassen, die seine Auffassung bestätigt hat und die ihn dann bewogen hat, die bekannte Entscheidung zu treffen. Ich habe aber noch eines anzumerken, weil Sie ja gegen ihn eine Anzeige er-

stattet haben. Offenbar haben Sie nur ein Feindbild, nämlich Günther Vetter in dem Zusammenhang. Alle übrigen Aufsichtsräte sind für Sie offenbar sakrosankt. Ich ließ mich erkundigen bei der Staatsanwaltschaft Innsbruck, bei der die Anzeige von Ihnen erstattet wurde und es wurde mir versichert, daß aufgrund der Studien, die durchgeführt worden sind, keine Veranlassung besteht, ein Verfahren auch nur einzuleiten. Das gebe ich so weiter, wie es mir mitgeteilt wurde. Das möchte ich Ihnen sagen. Im übrigen darf ich hinzufügen, daß bei dieser Eröffnung die Arbeiter der Baufirma gefehlt haben. Wie mir mitgeteilt wurde, (Zwischenruf Mag. Stadler: Kalt war's!) aus Solidarisierung - nicht, weil es so kalt war, denn die Bevölkerung von Klösterle hatte ausgeharrt. (Zwischenruf Pröckl: Des stimmt!) Ich habe dort bewußt wegen der Kälte auf eine Rede verzichtet. Es waren die Arbeiter der Baufirmen demonstrativ ferngeblieben, weil sie sich mit den - wie sie es jedenfalls mir gegenüber bezeichnet haben - von Ihnen diskreditierten Firmen solidarisch fühlen. Das ist das, was mir mitgeteilt wurde. Aber nun zu Ihnen, Frau Kollegin Kräutler-Berger. Sie haben mir vorgeworfen, ich sei im Kontrollausschuß, als der Rechnungshofbericht behandelt wurde, nicht dabei gewesen. Bei der ersten Behandlung des Rechnungshofberichtes war ich dabei. Vielleicht können Sie sich erinnern, daß ich an die Herren die Frage stellte, was sie denn zu der von mir seit Jahren erhobenen Forderung sagen würden, daß man diese Sondergesellschaften den jeweiligen Straßenverwaltungen übertragen soll. (Zwischenruf Kräutler-Berger: Das stand eh schon im Protokoll!) Daraufhin hat man mir bestätigt, das sei auch deren Auffassung. Erst bei der Sitzung, bei der dann Honsak, Talirz usw. dabei waren, da konnte ich leider wegen eines dringenden Wien-Termine nicht dabei sein. Mir tut es, Frau Kollegin, heute noch leid, denn ich bin damit um die Schmankerln gekommen, die bei dieser Sitzung gefallen sind. Ich habe mir aber, weil mir diese Gusto-Stückerl so interessant erschienen sind, das Wortprotokoll geben lassen. Da darf ich jetzt Herrn Mag. Stadler aus dieser Ausschußsitzung zitieren, vor allem auch im Hinblick darauf, daß ja - ich glaube, darüber sind wir uns einig - nur Talirz derjenige ist, der einen ASTAG-Skandal ausgelöst hat. (Zwischenruf Kräutler-Berger: Na, na!) Mag. Stadler sagte folgendes: "Was den Herrn Direktor anlangt, muß ich dazu etwas sagen, daß ich jetzt den ganzen Tag Gelegenheit hatte, den Mann zu beobachten, zu hören und ich den Eindruck gewonnen habe, daß es sich um einen sehr kompetenten Mann handelt, also" - an Talirz gerichtet - "wenn Sie Lust und Laune haben, in die Verwaltung des Landes übernommen zu werden, sind Sie uns herzlich willkommen. Das wäre zu unterstützen." Na, bitte, was für ein Lob! Und bitte nach Beendigung der Behandlung des Rechnungshofberichtes haben Sie ihm dieses Angebot gemacht. Ich weiß zwar nicht, ich hätte (Zwischenruf: Er wird g'mant ha, ins G'fängnis ...!) ohnehin vielleicht sind Sie inzwischen Personalchef geworden? Wie immer das ist, Faktum war dieses eine Zitat. Und das zweite Schmankerl, das dabei fiel von Talirz. Darf ich das auch noch vorlesen, Herr Präsident? (Präsident: Jo,

wenn's mit lang ischt!) Dr. Talirz: Auf die Frage vom Genossen Dr. Keckeis darf ich - Zwischenruf, Unmut - (Zwischenruf Dr. Keckeis: Des war no vor dem Parteitag! - Glocke! - Präsident: Können wir uns sehr gut erinnern!) Es war am 27. Februar 1991. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Da war die Anrede noch richtig!) Da haben Sie recht. Es war vor den Sozialdemokraten - es waren noch Sozialisten. Auf die Frage vom Genossen Dr. Keckeis: "Darf ich?" - Dr. Keckeis: "Ja, ich bin ein Genosse, meine Herren. Das ist völlig richtig." Dann weiter Talirz: "Ich erlaube mir die Bemerkung, daß ich den Tumult nicht verstehe, nachdem ich also in den Pressemeldungen überall klargelegt habe, daß ich Mitglied der sozialistischen Partei bin." (Zwischenruf) Diese beiden Schmanckerln habe ich mir leider entgehen lassen müssen, was mir heute noch leid tut. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Herr Landeshauptmann, das zweite Schmanckerl, was trägt das zur Sache bei?) Aber selbst im Nachlesen habe ich (Zwischenruf Dr. Keckeis: Sie haben es doch vorher gewußt, daß ich Sozialist bin, Herr Landeshauptmann! - Glocke!) eine gewisse Genugtuung, vor allem, wenn ich vorher die Debattenbeiträge von Ihnen, Herr Klubobmann, und auch von Sprechern der sozialistischen Fraktion gehört habe. Und jetzt noch zur Behauptung, daß nur der schlimme Minister Dr. Schüssel die Zusammenlegung wolle. Ich habe mich mit ihm darüber vor einiger Zeit unterhalten. Er hat mir einen Brief gezeigt vom Finanzminister Lacina, wo er die Umsetzung des Koalitionsübereinkommens bezüglich der Fusionierung urgiert. Ich darf jetzt - ich gebe es Ihnen nachher gerne - eine APA-Meldung vom 21. November vorlesen - ich zitiere: "Die bestehenden sechs Straßenbau-Sondergesellschaften sollen künftig zu einer für das gesamte Bundesgebiet zuständigen Straßenbaugesellschaft verschmolzen werden. Diese Gesellschaft, in die auch das gesamte hochrangige Straßennetz einzubringen sei, soll sich selbst finanzieren und keine öffentlichen Mittel erhalten. Es werde daher voraussichtlich zur Einführung von Mauten auf allen österreichischen Autobahnen kommen," - man höre - "was überdies auch ein Schritt in Richtung Kostenwahrheit im Verkehr sei, erklärte die stellvertretende SPÖ-Klubobfrau Brigitte Ederer Donnerstag in einer Pressekonferenz. Ederer kündigte an, daß in der nächsten Sitzung des Nationalrates ein Entschließungsantrag zur Beschlußfassung vorgelegt werde, in dem Wirtschaftsminister Schüssel aufgefordert wird, eine entsprechende Regierungsvorlage vorzulegen." Also, um bei der Wahrheit zu bleiben, es ist ein Koalitionsübereinkommen. Ich kann nur noch einmal wiederholen, was ich seit Jahren fordere, daß man die Straßenbau-Sondergesellschaften in die Länderstraßenverwaltung überträgt. Natürlich müssen wir dem Bund zugestehen - und darin unterscheiden wir uns von den Tiroler Kollegen - , daß dem Bund die Mauteinnahmen zustehen, denn für uns wäre das eine ungeheure Hypothek, wenn wir mit der ASTAG auch die ganze finanzielle Abwicklung, nämlich den Schuldendienst, übernehmen müßten. Sie wissen - ich habe es im Ausschuß bereits dargelegt - , bei Mauteinnahmen von 260 Millionen der ASTAG ist ein Schuldendienst, der

200 Millionen höher ist (Schuldner-Tilgungsdienst) und abgesehen von den Baukosten, die jetzt noch, vor allem auf der Tiroler Strecke bzw. zur Ausfinanzierung des Langener Tunnels notwendig sind. Im übrigen kann ich den Antrag nur lebhaftest unterstützen. Er entspricht voll und ganz dem, was ich seit vielen Jahren hinsichtlich der Straßen-Sondergesellschaften gefordert habe. (Beifall)

Präsident: Das Wort hat der Klubobmann Stadler.

Mag. Stadler: Herr Präsident, Hohes Haus! Zu den von Ihnen vorgetragenen Schmanckerln, Herr Landeshauptmann, kann ich nur eines sagen: Man sieht, man kann mit kleinen Sachen auch Landeshauptleuten große Freude machen. (Heiterkeit!) Herr Landeshauptmann, wenn das alles ist, was Sie besonders erfreut, dann kann ich Ihnen gerne hin und wieder ein Schmanckerl liefern zu Ihrer Freude. (Zwischenruf Fend) Wissen Sie, Herr Landeshauptmann, ich werde Ihnen etwas sagen: Ich war mit dem Herrn Talirz an dem Tag das erste Mal konfrontiert. Er hat dort drinnen einen so kompetenten Eindruck hinterlassen - er ist ein Blender, das haben wir ja alle mittlerweile festgestellt - , daß auch der Klubobmann der ÖVP durchaus gefunden hat, daß er die Dinge gar nicht so schlecht gemacht hat zunächst. (Zwischenruf Mag. Stemer: Na, na, na! - Heiterkeit!) Wie auch immer, Herr Kollege Stemer, es ist nichts Schändliches, sich zu täuschen in einem Menschen. Man muß es nur irgendwann einmal zugeben. (Zwischenruf Dr. Purtscher: Nur sollte man es andern nicht vorhalten!) Herr Landeshauptmann, das werde ich Ihnen gleich erklären, warum ich das den Leuten vom Aufsichtsrat vorhalte. (Zwischenruf Halder: Aber das gestattest Du keinem anderen zu. - Glocke!) Ich bin nicht angestanden, - horchen Sie mir doch einmal zu und dann rufen Sie wieder dazwischen, dann muß ich darauf antworten - sofort in der Landtagsdebatte nach der Kontrollausschußsitzung, wie ich Informationen über den feinen Mann eingeholt habe, herauszukommen und frank und frei zu erklären, daß ich mich in diesem Menschen getäuscht habe. (Zwischenruf Nosko: Ja, hoffentlich auch!) Und jetzt sitzen dort drinnen Aufsichtsräte, die seit Jahren mit dem Herrn Talirz zu tun haben und die sind scheinbar seit Jahren noch nicht daraufgekommen, was der Mann treibt. Und von mir verlangen Sie, daß ich ihn bei der ersten Begegnung gleich durchschaue. (Zwischenrufe) Ich werde Ihnen einmal etwas sagen: Entweder haben diese Leute sich im Paktum mit dem Herrn Talirz befunden - das unterstelle ich ihnen einmal nicht - oder sie waren selbst grenzenlos verblendet und sind es offenkundig heute noch. (Zwischenruf Fend: Du bischt auch nit so fremd!) Meine Damen und Herren, ich bin hergegangen und habe als einziger dieses Hauses mich eine Nacht lang in Unterlagen eingearbeitet, die Sie gar nicht interessiert haben, Herr Kollege Fend, die Sie erst interessiert haben, als Sie gemerkt haben, daß das die Zeitungen interessiert. (Zwischenruf Fend: Nachzulesen im Protokoll! Bereits während der Sitzung dagegen gewesen!) Sie hätten es wahrscheinlich gar nicht durchgeschaut, was da gelaufen ist. Die Kollegin Kräuter-Berger

hatte nämlich in einem Punkt recht. Wenn das hier im Landtag nicht zur Sprache gekommen wäre, wäre der Herr Talirz fein ausgegangen, das kann ich Ihnen sagen. Das wäre niemals Thema geworden. Die Dinge wurden hier zur Sprache gebracht. Ich bin damals nicht angestanden, mein Bild von dem feinen Herrn Talirz zu korrigieren. Nur, was ich dann nicht begreife, ist, wie der Herr Aufsichtsrat Vetter im Jahre 1987, nachdem der Herr Alt-Landeshauptmann, dem er ja nachgefolgt ist im Aufsichtsrat, ganz klar erklärt hat, so etwas wie bei der Vergabe Hangbrücke "Wilden" ist ihm in seiner mehr als 20-jährigen Tätigkeit noch nicht untergekommen. Wie kommt da der Herr Aufsichtsrat Vetter, der jetzt also gewarnt sein muß, wenn er nicht ganz verblendet ist, dazu ein technisches Gutachten zu liefern, um die Stellung des Herrn Talirz zu unterstützen? Wie kommt er dazu, ein Rechtsgutachten zu liefern, wonach die Vergabe, wie es der Herr Talirz vorhat, bedenkenlos sei aus juristischer Sicht? Übrigens, der Herr Rechtsgutachter will heute von dem Gutachten nichts mehr wissen. Man findet es auch nicht mehr. Das ist in den Akten verschwunden. Wie kommt der Herr Vetter noch dazu, als Krönung des Ganzen dem Herrn Talirz ein Gutachten - wiederum ein Rechtsgutachten - für einen Beamten dieses Hauses zu liefern, mit dem bestätigt wird, daß der Vergabebeschluß, der Beschluß des Aufsichtsrates vom 29. Oktober 1987 angeblich ungültig sei, weil der Herr Talirz dort nicht erreicht hat, was er wollte, nämlich nicht die Vergabe an die ARGE Tomaselli herbeiführen konnte und daß daher die Abstimmung zu wiederholen sei? Nur diesmal hat man das Tonband abgeschaltet während der Beratungen im Aufsichtsrat und dann, wie das Tonband wieder eingeschaltet war, haben sie plötzlich eine Mehrheit gehabt. (Heiterkeit) Erzählen Sie mir jetzt einmal die Vorgänge. Da muß doch der Herr Vetter entweder grenzenlos ahnungslos gewesen sein, oder (Zwischenrufe Dr. Häfele: Das war ein Stromausfall! - Kräutler-Berger: Der wäre überhaupt nicht ausgegangen.) er hat mitgewirkt. Ich unterstelle ihm das Zweite. Herr Landeshauptmann, wenn Sie hier auf die Strafverfahren verweisen - ich darf Ihnen etwas sagen: Das weiß ich also von Staatsanwälten selbst, daß die Staatsanwälte angesichts eines derartigen Megaskandals sehr wohl selektieren müssen. Und so wichtig ist der Herr Vetter nicht und das, was er da an Freunderlwirtschaft dazu beigetragen hat zum Skandal, ist ja nicht, daß die Staatsanwälte sich jetzt auch noch lang und breit mit dem Herrn Vetter auseinandersetzen. Es ist also eher ein Aspekt der Verfahrensökonomie, daß man den Herrn Vetter nicht weiter verfolgt. Und noch etwas will ich Ihnen sagen: Nicht jede Freunderlwirtschaft ist von vornherein auch strafrechtlich relevant, aber zu untersuchen bleibt sie. Deswegen war die Befassung der Staatsanwaltschaft mit diesem Fall sehr richtig. Letztlich, meine Damen und Herren, bin ich nicht so sehr davon überzeugt, daß der Herr Schüssel nur der Getriebene des Ministers Lacina ist. Wenn das der Fall ist, dann muß ich sagen, dann ist er politisch zu bedauern, wenn er sich vom Herrn Lacina treiben läßt. Ich würde mich nicht treiben lassen. Da könnte man noch so tolle Briefe

schreiben. (Zwischenruf Dr. Purtscher: Koalitionsvereinbarung!) Das mag sein. Die sozialistische Partei bricht Koalitionsvereinbarungen nach eigenem Gutdünken. Wenn die ÖVP sich im guten Glauben daran hält, dann macht sie sich zum nützlichen Idioten dieser Koalition, Herr Landeshauptmann. Aber ich würde mich jedenfalls nicht vom Herrn Minister Lacina treiben lassen, eine Hyperstraßengesellschaft zu installieren, die im Prinzip in diesem Land niemand mehr will. Und außerdem, Herr Landeshauptmann, sehe ich auch nicht ein. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Des ischt eine Vereinbarung und kein Druck. Da hat die ÖVP ja voll mitgestimmt!) Auch selbst, wenn das der Fall sein sollte, daß da die ÖVP noch freiwillig mitgegangen ist, irgendwann muß man auch wieder einmal zugeben, daß man gescheitert werden kann. Die sozialistische Partei im Lande wird offenkundig gescheitert, denn Sie wollen ja diese Straßengesellschaft offenkundig nicht haben. (Zwischenruf Dr. Keckeis) Ich werde Ihnen nur sagen, Herr Landeshauptmann, so überzeugt bin ich nicht davon. Ich nehme gerne zur Kenntnis, daß Sie sich über die heutige Beschlußfassung des Antrages freuen. Aber so überzeugt bin ich nicht, daß Sie tatsächlich auch so sehr dahinter stehen. Wenn ich mir nämlich Ihre Aussendung "Pressefoyer" vom 26. November dieses Jahres anschau - das ist also noch gar nicht so lange her - , wo Sie Verständnis für den Herrn Lacina äußern, daß Sie sagen: "Die Überlegungen des Ministers Lacina, alle Straßenbaugesellschaften zu einer Gesellschaft zu fusionieren, sind insofern einsichtig, als der Bund auch für die enormen Kredite, für deren Zins- und Schuldendienst für diese Kredite, haftet." (Zwischenruf Dr. Purtscher: Sie müssen den nächsten Satz auch lesen.....!) Ich lese noch weiter, Herr Landeshauptmann. "Diese ASFINAG soll ja doch nach meiner Auffassung eine reine Finanzdachgesellschaft sein, an der die Länder beteiligt werden müssen und die für die Finanzierung der Erhaltung der entsprechenden Straßen aufzukommen hat." Ende des Zitates. Herr Landeshauptmann, ich sage Ihnen, wir brauchen überhaupt keine neue Gesellschaft. Wir haben eine ASFINAG, die die Finanzierung der Straßen-Sondergesellschaften wahrzunehmen hat. Jetzt möchte ich noch wissen, warum wir über der ASFINAG noch eine Hyper-ASFINAG brauchen? Das erklären Sie doch bitte niemandem mehr. Das ist nur der Versuch, den Koalitionspakt in irgendeiner Form halt doch noch zu erfüllen, damit man sagen kann, die ÖVP hat den Koalitionspakt nicht gebrochen. Nur sollten wir aus Vorarlberger Sicht die Dinge etwas anders sehen und etwas gescheitert vorgehen. Ich begrüße Ihren offenkundigen Sinneswandel, daß Sie heute jede Form einer neuen Gesellschaft ablehnen, ob sie eine Finanzierungsgesellschaft ist, die wir nicht brauchen, weil wir eine haben - wir haben eine ASFINAG - oder ob es eine Straßen-Sondergesellschaft ist mit Megacharakter, das sei für uns völlig unerheblich. Wir brauchen keine neuen Straßen-Sondergesellschaften. Wir müssen schauen, daß wir die bestehenden abschaffen können.

Präsident: Das Wort hat der Klubobmann Stemer.

Mag. Steiner: Herr Klubobmann Stadler, ob die SPÖ dieses Hauses gescheitert wird, werden wir heute in einem wesentlich wichtigeren Punkt noch feststellen können, nämlich bei den Illwerken. Meine zitierte oder angedeutete Aussage im Kontrollausschuß, als der Rechnungshofbericht zur Debatte stand, hat offenbar Heiterkeit ausgelöst, obwohl nicht bekannt war, was ich dort gesagt habe. Darum darf ich es jetzt wiederholen - man kann es auch nachlesen. Ich habe nämlich ziemlich wörtlich gesagt am Schluß der Beratungen, jetzt wundere mich nichts mehr, wieso es vor vielen Jahren schon rundum geheißelt hat, der wahre Bautenminister ist der Herr Talirz und nicht der Herr Sekanina. Das kann nachgelesen werden, das habe ich gesagt und nichts anderes. Ich kann dem Klubobmann Stadler beipflichten, daß der Herr Talirz an diesem Tag wirklich zu blenden verstand in einigen Punkten, daß er ein sehr geschickter Taktierer war und fast überall Argumente gefunden hat. Gott sei Dank haben die Fragen - und das sei schon einmal klar gestellt und darin erinnert, daß gerade die Abgeordneten unserer Fraktion sich tagelang zusammengesetzt haben, um diese beiden Rechnungshofberichte, die sehr umfassend waren, zu studieren und zu besprechen. (Zwischenruf Kräutler-Berger: Die ÖVP-Abgeordneten haben geschwiegen!) Frau Kräutler-Berger, sonst schauen Sie das Protokoll an, sowohl im ersten Kontrollausschuß als auch im zweiten, welche gezielten Fragen von Abgeordneten der Fraktion der Volkspartei gekommen sind und was aus den Antworten davon dann nachher geworden ist. Die haben auch sehr wohl dazu beigetragen, daß diese Dinge so aufgeklärt wurden, wie sie der Herr Talirz und wie sie insbesondere der Herr Honsak auch verdient haben. Und eines sei hier auch festgestellt: Der Herr Klubobmann Stadler sonnt sich da in der Haltung, er allein hätte dazu beigetragen, daß all diese Dinge aufgeklärt worden sind. Ich möchte nur der Vollständigkeit halber sagen, daß hier auch der Herr Vizepräsident Falschlunger beteiligt war und auch unsere Abgeordneten sehr wohl und maßgeblich beteiligt waren. Wer (Zwischenruf Mag. Stadler: Erfolg?) - horchen Sie zu, Herr Klubobmann Stadler - wer hat denn den Antrag auf Abberufung des Herrn Talirz gestellt? Wer hat im Aufsichtsrat den Antrag gestellt auf Abberufung des Herrn Talirz? (Zwischenruf Mag. Stadler: Als es nicht mehr anders ging!) Das war der Aufsichtsrat Rümmele, nur damit das hier festgestellt werden soll. (Zwischenruf Dr. Purtscher: Er kam nicht durch, zweimal!) Er kam nämlich zweimal nicht durch. Da haben sich die anderen Aufsichtsräte, vor allem die des Bundes, dagegen zur Wehr gesetzt. (Zwischenruf Mag. Stadler: Rümmele ist ausdrücklich zu loben. Das sage ich jetzt hier!) Dann halten wir das auch fest hier. (Zwischenruf Gorbach: Vergiß die Grün-alternativen!) Ein letzter Punkt - mehr sage ich gar nicht mehr dazu: Herr Klubobmann Stadler, diese Vermutungen hier anzustellen bezüglich der Abschaltung des Tonbandes. (Zwischenruf Mag. Stadler: Des steht im Protokoll!) Ich weiß das schon, ich habe das alles angeschaut. Den Auftrag, das Tonband abzuschalten, hat ein gewisser Herr gegeben - das wissen Sie aber

auch, wenn Sie es angeschaut haben -, nämlich der Aufsichtsratsvorsitzende Honsak hat diesen Auftrag gegeben. Also tun Sie nicht so, als ob andere das gewollt hätten.

Präsident: Honsak Alles können Sie uns nicht unterschieben. Honsak schon gar nicht! Das Wort hat der Abgeordnete Hummer.

Hummer: Hoher Landtag, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Ihnen sagen, daß ich bei der Eröffnung dieses Tunnels anwesend war und der Herr Landeshauptmann hat es hier angesprochen. Das Wetter war sehr kalt. Die Stimmung dort war kühl, kann man sagen, wenn nicht gleich kalt. Der Herr Landeshauptmann hat das dann doch abgekürzt. Er hat uns sehr bald einmal entlassen. Ich möchte aber doch darauf hinweisen, daß dort mehrere Redner gemeint haben, daß hier eigentlich nur eine Person gefehlt habe und daß alles andere in Ordnung sei. Und daß jene, die für die Aufdeckung dieser Machenschaften gesorgt haben, den Arbeitern, Ingenieuren und Technikern einen schlechten Dienst erwiesen hätten. Sinngemäß wurde hier gemeint, daß sie brüskiert waren und sich beleidigt fühlten und daß sich hier einige nur profilieren wollten. Es war also der Gipfel, diese Aussagen. Wenn ich jetzt gerade gehört habe, daß der Herr Stadler zur Aufdeckung beigetragen hat, der Herr Falschlunger und noch viele andere Abgeordnete, so sind eigentlich alle jene gemeint, die diese Arbeiter hier brüskiert haben. Ich möchte schon namens meiner Fraktion und - ich glaube auch - aller Aufdecker hier klarstellen, daß die Arbeiter nicht gemeint waren, daß diese Mitarbeiter, die Techniker, Ingenieure und alle, die hier beteiligt waren an der Technik, gute Arbeit geleistet haben. Hier sollte man das eine mit dem anderen nicht verwechseln. (Zwischenruf Mag. Stadler: Sie waren froh über die Aufdeckung der Schweinereien!) Ich finde es schon etwas geschmacklos, wenn Redner hier diese Mitarbeiter, die eine hervorragende Arbeit geleistet haben, in diese Causa hier hineinziehen wollen oder verwechseln wollen. Ich weiß nicht - ich will niemand etwas unterstellen - , ob diese Mitarbeiter nicht von sich aus nicht gekommen sind, daß der eine oder der andere gesagt hat, daß man nicht kommen soll. Ich will niemand etwas unterstellen, aber ich glaube, wir wissen, was damit gemeint ist. (Zwischenruf Mag. Stadler)

Präsident: Das Wort hat der Vizepräsident Falschlunger.

Falschlunger: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ein Wort, Kollege Stemer, weil Sie gesagt haben, es steht alles schon lange im Memorandum. Habt Ihr das nicht nach Wien geschickt? Es muß nicht angekommen sein, das Vorarlberg-Memorandum, weil sich offenbar in Wien niemand daran hält. (Zwischenruf Mag. Stemer: Herr Landeshauptmann hat es persönlich übergeben!) Niemand kümmert sich um das Memorandum. Die sagen, wir haben eine Koalitionsvereinbarung - putzt

Euch! Das Memorandum sei zuerst schon drunten gewesen. Es ist entweder nicht angekommen, oder was weiß ich. (Zwischenrufe Mag. Stemer: Das tragen Sie ja mit! - Dr. Purtscher: Herr Kollege, ich habe es höchstpersönlich dem Bundeskanzler übergeben!) Aber es muß ziemlich ohne Echo geblieben sein, sonst würden Sie nicht heute wieder darüber reden, ob Sie nicht die Gesellschaft machen. (Zwischenrufe - Glocke!) Ich stelle das nur fest. (Zwischenruf Dipl.-Ing. Batlogg: Reaktionszeit!) Zu den beiden sehr verehrten Klubobmännern muß ich halt sagen: Natürlich hat Euch der Talirz gefallen. Ich kann mir ja sonst gar nicht erklären, warum Ihr da Eure Erklärungen abgebt. Er hat Euch geblendet. Das sei Euch beiden verziehen. Ihr seid beide noch jung, fesche Burschen - das sei Euch verziehen. (Zwischenrufe) Ich mache Euch beiden daraus keinen Vorwurf. Dieses Jungsein hat ja so viele Vorteile. Nur das Altsein hat hin und wieder halt auch welche. Wer das verfolgt hat, muß heute sagen, da hat mir die Erfahrung geholfen. Warum habe ich eigentlich eine Anzeige erstattet? Das ist vollkommen unüblich. Das habe ich noch nie gemacht. Aber ich habe mich fürchterlich geärgert. Warum? Wie ich den Rechnungshofbericht lese, stelle ich auf einmal fest, daß am 4. und 5. Juli 1990 bereits sich der Nationalrat mit der Geschichte beschäftigt hat - mit dem Bericht. Das ist über die Bühne gegangen. Niemand hat da protestiert - weder Grüne, noch Blaue, noch Rote, noch Schwarze. Der erste Rechnungshofbericht, als er in den Nationalrat kam, ist ohne Kommentare über die Bühne gegangen. Nicht nur die beiden großen, alle. Am 4. und 5. Juli war er in Diskussion. Im Tiroler Landtag kurz nachher geht er auch über die Bühne. Keinerlei Folgen. Keine Diskussion im Tiroler Landtag, auch nicht von uns, von niemandem. Dann kommt der Bericht am 19.5.1989 - erfahren wir jetzt - zur Landesregierung. Keine Folgen, keine Erklärungen - nichts. Am 20.6.1989 zieht die Vorarlberger Landesregierung den Bezirkshauptmann Ludescher aus der ASTAG zurück und übergibt dann - eineinhalb Jahre später - den Rechnungshofbericht dem Vorarlberger Landtag. Ich komme nach einem Wochenendstudium dieses Berichtes, der mir wie ein Kriminalroman vorgekommen ist - der Klubobmann wird das bestätigen, ich habe gesagt, ich glaube, ich habe den besten Krimi gelesen, den ich seit langem gesehen habe - und wir verlangen eine Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Die ÖVP und FPÖ lehnen den Untersuchungsausschuß ab. (Zwischenruf Mag. Stadler: Wann? Jedenfalls aus juristischen Gründen nicht!) Ich weiß es jetzt nicht ganz genau. Aber auf jeden Fall, alle diese Dinge haben sich abgespielt - der Antrag, ich müßte noch nachschauen, war vorher da - , bevor ich die Anzeige erstattet habe. Und weil ich gesehen habe, daß sich da nichts tut, habe ich das getan. Jetzt muß ich Ihnen sagen, wie das so war. (Zwischenruf Mag. Stadler: Sie müßend auch Wahltermine berücksichtigen! - Glocke! - Präsident: Keine Zwiegespräche!) Nur muß ich Ihnen sagen, Kollege Stadler, um auf das zurückzukommen, was vorher war. Drei Tage, bevor hier diese Diskussion mit den Rechnungshofbeamten war, kommt ein Anruf aus dem Büro Talirz

- seine Sekretärin - , der Herr Talirz möchte den Herrn Vizepräsidenten sprechen. Ich denke mir, was ist denn das für eine Geschmacklosigkeit. Drei Tage, bevor da der Rechnungshof Rede und Antwort steht, will mich der Herr Talirz sprechen. Ich habe ihm mitteilen lassen, ich habe kein Interesse an einem solchen Gespräch. (Zwischenruf Mag. Stadler: Das unterscheidet uns. Mi hat er mit sprechen wollen!) Wer wie ich den Rechnungshofbericht gelesen hat, hat sich vorstellen können, warum der Talirz mit mir eine Aussprache will. Als er dann den Genossen Keckeis mit "Genossen" begrüßt hat, war ich froh, daß ich nicht einmal bereit war, mit ihm vor dem Eingang in den Raum hinein zu reden. Das will ich nur dazu sagen. Das ist kein Vorwurf an Euch. Aber es gibt auch Vorteile, wenn man älter ist.

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ich lasse also über den Ausschlußantrag, wie ihn der Berichterstatter vorgetragen hat, abstimmen. Wer diesem Ausschlußantrag zustimmt, den bitte ich um ein Händezucken. Danke. Das ist einstimmige Annahme. Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 9, das ist der